

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telefax: 686 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Erhard Eppler zur Notwendigkeit, partnerschaftsfähig zu werden: Leben in der einen Welt. (Teil I)

Seite 1

Ottmar Schreiner MdB zur Ankündigung von Minister Blüm, die Beiträge zur Rentenversicherung 1993 zu erhöhen: Beitragszahler müssen Bonner Einheitspolitik finanzieren.

Seite 4

Gernot Eiler MdB zum Besuch des russischen Präsidenten Jelzin in Bonn: Boris und der "Wind of change".

Seite 4

Norbert Zeller MdL zum Versuch des baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Schaufel, die Ausfuhrkriterien aufzuweichen: Stuttgarter Doppelzüngigkeit beim Waffen-Export.

Seite 5

46. Jahrgang / 224

25. November 1991

Leben in der einen Welt (Teil I)

Zur Notwendigkeit, partnerschaftsfähig zu werden

Von Dr. Erhard Eppler

Vor gut einem Jahr, am 1.9.1990, hat das britische Nachrichtenmagazin "The Economist" eine Weltkarte veröffentlicht im Stile des 16. oder 17. Jahrhunderts. Sie verzichtet ganz auf kartographische Genauigkeit. Das Meer trennt nicht Europa von Amerika, sondern West- und Zentraleuropa vom Rest Eurasiens. So entsteht im Westen Euro-Amerika. Es endet im Osten genau da, wo nach dem Schisma von 1054 West von West, Rom von Byzanz getrennt wurde. Das Meer dehnt sich also zwischen Polen und Rußland, Ungarn und Rumänien, Kroatien und Serbien.

Südlich von Eurasien, als Insel weitab im Osten, finden sich noch Confuciana, und, ziemlich klein, Hinduland, und, Europa am nächsten, Islamistan. Afrika ist auf dieser Karte nicht verzeichnet.

Natürlich ist diese Weltkarte von Ökonomen konzipiert. Und ökonomisch ist Afrika in der Tat nicht mehr der Rede wert. Hatte es 1970 noch einen Anteil von 2,4 Prozent am Welthandel, so waren es 1988 noch 1,3 Prozent, und heute dürften es noch weniger sein.

Es fehlt in Afrika an allem, an Hirse, an Wasser, an Brennholz, nur nicht an Kindern, die noch wissen, daß sie praktisch abgeschrieben sind. Die Weltbank, die nach Robert Mc Namara noch weniger zur Sentimentalität neigt als zuvor, spricht in der neuesten und bisher gründlichsten Studie über Schwarzafrika von einem "wachsenden Gefühl der Hoffnungslosigkeit". Und das ist tatsächlich der entscheidende Unterschied zu der Zeit vor zwanzig Jahren, als ich mit den Regierungen in Lusaka, Nairobi, Dar-es-Salam oder auch in Dakar, Abidjan oder Ougadougou zu verhandeln hatte. Damals ging es um Richtung und Tempo dessen, was Nord und Süd "Entwicklung" nannten und wohl auch heute noch, ohne ersichtlichen Grund, so nennen. Heute müßte es darum gehen, wieder Hoffnung zu wecken auf eine Zukunft, die mehr ist als ein Wettlauf zwischen Aids und einer hohen Geburtenrate.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltgerechte Lösung
aus verantwortungsvoller
Kunststoff-Papier



Am 24. Dezember, also zu Weihnachten 1990, veröffentlichte "Liberation" eine andere Weltkarte unter der Überschrift: "Herrscher und Beherrschte im internationalen System". Da sind drei Herrschaftszentren eingezeichnet, Nordamerika, Westeuropa und Japan (übrigens mit Südkorea). Daneben steht eine Kategorie, die Liberation "Herrschend - Beherrschte" nennt. Da erscheinen Mexiko, Argentinien, die arabische Welt, aber eben auch das ganze Gebiet der früheren Sowjet-Union. Und schließlich die Beherrschten, sauberlich unterteilt in "ausgebeutete Peripherie" - dazu gehört der größere Teil Südamerikas und Südostasiens - "abdriftende Peripherie" - dazu gehört Indien, der größere Teil Chinas und Ostafrikas - und schließlich die "aufgegebene Peripherie", die sich quer durch Afrika erstreckt von Dakar bis Addis Abbaba. Nach dieser Karte sind die Teile Westafrikas, die noch zu der ausgebeuteten Peripherie gehören, geradezu privilegiert, denn beim größeren Teil Schwarzafrikas lohnt sich die Ausbeutung nicht mehr.

Wenn das alles stimmt, dann ist ein Begriff, den wir lange Zeit strapaziert haben, ziemlich hohl: ich meine den der Inter-Dependenz, bezogen auf die Ökonomie. Europa und Afrika sind ökonomisch nicht inter-dependent. Afrika hängt ab von Europa, Europa könnte ökonomisch sehr wohl ohne Afrika auskommen. Und das ließe sich auch für andere Gebiete der Peripherie nachweisen. Unglücklicherweise - oder glücklicherweise - holt uns die Interdependenz doch noch ein, nicht in der Ökonomie, wohl aber auf zwei anderen Gebieten: der Ökologie und der Migration. Ökonomisch könnten wir es uns leisten, Afrika oder den indischen Subkontinent zu vergessen und zugrunde gehen zu lassen. Aber wir müßten es büßen durch Veränderungen des Klimas, ökologische Katastrophen und durch einen Einwanderungsdruck, der jede Regierung, auch die liberalste, schließlich zu polizeistaatlichen Maßnahmen zwingen müßte.

Ich rechne damit, daß Westeuropa in den kommenden Jahrzehnten unter einem wachsenden Einwanderungsdruck geraten wird, der uns alle täglich daran erinnern wird, daß wir nicht auf einer Insel der Seligen leben. Dabei wird Westeuropa entweder eine politische Reise nach rechts antreten - oder sich aufrufen, sich seiner Weltverantwortung zu stellen.

II.

In der Politik ist es üblich, gerade da Begriffe in Umlauf zu bringen, wo ein politischer Wille fehlt. Sie haben dann die Funktion, das Fehlen des politischen Willens zu verbergen. Ein solcher Begriff war und ist der des "Nord-Süd-Dialogs". Im Grunde hat es ihn nie gegeben.

In den achtziger Jahren gab es zum erstenmal seit 1960 auch keine politisch wirksame Entwicklungsstrategie mehr. In den sechziger Jahren galt eine technokratisch-naive Entwicklungsstrategie, die sich an die Erfahrungen des Marshall-Plans anlehnte. Man glaubte, kräftiger Zufluß von Kapital und Technik werde die "Entwicklungsländer" rasch auf den Weg der westlichen Industrieländer bringen.

In den siebziger Jahren galt eine differenziertere Strategie. Ihre Grundlage war der Bericht der Pearson-Kommission von 1969. Befriedigung der Grundbedürfnisse von Nahrung, Behausung, Bildung, Arbeit, sozialer Sicherung sollte Vorrang haben.

Für die achtziger Jahre lag dann der Bericht der Brandt-Kommission vor, aber er wirkte nicht auf die Regierungspolitik, vor allem nicht der beste Teil des Berichts, das Vorwort von Willy Brandt. Ich entsinne mich nicht, daß ein deutscher Regierungschef diesen Bericht jemals zitiert und auch nur genannt hätte. Die achtziger Jahre waren eher geprägt durch den Zynismus der Reagan-Administration. Sie dachte nur in der Kategorie Ost-West. Nur darin hatte der Süden seine Funktion. Entwicklungshilfe wurde endgültig militärstrategischen Interessen untergeordnet.

Der Nord-Süd-Dialog liegt nicht hinter uns, sondern vor uns. Ich sehe niemanden auf dieser Welt außerhalb Europas, der ihn erzwingen könnte. Und Europa wird sich dazu nur aufrufen, wenn Frankreich mit deutscher Unterstützung die Initiative ergreift. Erste Aufgabe wird die Rettung Afrikas sein.

Nun hören wir heute von allen Seiten, daß alles habe jetzt keine Chance mehr, denn Europa konzentrierte sich ganz und gar auf sich selbst, genauer auf die Länder Zentral- und Osteuropas. Dabei gerate der Süden aus dem Blick.

Das mag kurzfristig richtig sein, auch wenn es nicht stimmt, daß durch das Zusammenwachsen der Teile Europas eine erfolgsversprechende europäische Entwicklungspolitik in Gefahr gerate. Was es nie gegeben hat, kann auch nicht in Gefahr geraten. Die Marginalisierung Afrikas war schon beinahe abgeschlossen, als das Zusammenwachsen Europas begann.

Vergessen wir nicht: Der Kalte Krieg war, je länger desto eindeutiger, auf Kosten der Dritten Welt ausgetragen worden. Nicht nur deshalb, daß der weitaus größte Teil der politischen Energien durch den Kalten Krieg absorbiert war. Nicht nur dadurch, daß die Entwicklungs-Etats gegenüber den Militär-Etats eine jammerwürdige kümmer-Existenz fristeten (das Verhältnis lag meist zwischen 1:10 und 1:30). Die Hochrüstung der achtziger Jahre führte vor allem in den USA zu einer öffentlichen Verschuldung ohne Beispiel. Rund 300 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben führten zu rund 200 Milliarden Dollar Kreditaufnahme. Das trieb die Zinsen in die Höhe, die den hochverschuldeten Entwicklungsländern in den achtziger Jahren den Atem nahmen.

Wir haben jetzt die Chance, ein nach Süden und für den Süden offenes Europa zu schaffen. Wir nützen sie nicht, wenn wir das, was sich jetzt in Europa anbahnt, beklagen unter Hinweis auf den vernachlässigten Süden. Wir nützen sie, wenn wir unablässig und hartnäckig fragen: Wie muß ein Europa aussehen, das endlich für den Süden partnerschaftsfähig wird?

III.

Es gibt natürlich keine unfehlbaren Rezepte. Aber es gibt eine Weise des Herangehens, die von den Erfahrungen der letzten dreißig Jahren gelernt hat. Daß es dies bei einzelnen gibt, ist ebenso erfreulich wie wirkungslos. Wie geht es bei Großorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien? Am klarsten ist ein neues Konzept in dem neuen Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten, im Berliner Programm vom Dezember 1989 skizziert.

Das beginnt bei der Analyse:

'Abhängig von Banken, Rohstoffbörsen, Konzernen des Nordens' - nicht von ungefähr kommen hier die Staaten nach den Banken und den Rohstoffbörsen - 'durch den Protektionismus der Industriestaaten in ihrer eigenständigen Entwicklung behindert, zum Manövrierfeld des Ost-West-Konflikts erniedrigt, oft von korrupten Eliten ausgebeutet, ringt der Süden um seine Zukunftschancen. Je bedrückender das Elend, desto stürmischer das Bevölkerungswachstum, desto rascher die Zerstörung der Natur, desto geringer die Chance eigenständiger Ernährung, desto demütigender die Abhängigkeit von Entscheidungen im Norden'

Hier ist in wenigen Zeilen der Unheilszirkel dargestellt, in den diese Änder hineingeraten sind. Und die Verschuldung läßt keinen Ausweg frei aus diesem Zirkel. Gegenwärtig zwingt die Verschuldung diese Länder fast durchweg, das zu tun, was Elend und Verschuldung eher verewigt als vermindert. Die Möglichkeit, sich eine eigene Ernährungsbasis zu schaffen, wird umso geringer, je größer die Verschuldung ist, je mehr deshalb der internationale Währungsfonds diese Länder zwingt, sich ganz auf billigen Export zum Zwecke der Bedienung, Verzinsung, Abzahlung ihrer Schulden zu konzentrieren.

Dazu heißt es im Wirtschaftskapitel des Programms: *'Um den Forderungen ihrer Gläubiger nachzukommen, werden die Schuldnerländer gezwungen, Maßnahmen zu treffen, die ihre natürlichen Lebensgrundlagen zerstören, das Masseneleid verschärfen. Die Rodung tropischer Regenwälder, Verkarstung und Erosion von Gebirgslandschaften, die Ausdehnung der Wüsten wirken auf das Klima der gesamten Erde'*. (-/25. November 1991/rs/fr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

Beitragszahler müssen Bonner Einheitspolitik finanzieren
Zur Ankündigung von Minister Blüm, die Beiträge zur Rentenversicherung 1993 zu erhöhen

Von Ottmar Schreiner MdB
Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

In einem Interview mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" hat Arbeitsminister Blüm (CDU) angekündigt, daß nach neuen Berechnungen bereits 1993 der Beitragssatz für die Rentenversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 17,8 Prozent und dann für 1994 auf 18,5 Prozent steigen wird. Für 1995 ist eine Senkung auf 18,2 Prozent in Aussicht gestellt worden. Mit dieser Ankündigung reagiert der Minister auf das Defizit, das der Rentenversicherung für 1992 vorausgesagt wird.

Unerwähnt bleibt jedoch, daß dieses Defizit ausschließlich eine Folge politischer Eingriffe in die Rentenversicherung ist, die die gegenwärtige Regierung zu verantworten hat. Daß sich trotz günstiger demographischer Veränderungen durch die Vereinigung und eines konjunkturellen Aufschwungs besonders in den alten Bundesländern jetzt ein Defizit in der Rentenkasse einstellt, ist durch die Weigerung der Bundesregierung verursacht, die einigungsbedingten Kosten der Sozialversicherung aus Mitteln des Bundeshaushalts zu finanzieren. Mit höheren Abgaben müssen nun die Beitragszahler im Westen die Kosten der Eingliederung der ostdeutschen Rentenversicherung in das bundesdeutsche Rentensystem tragen.

Die SPD-Bundestagsfraktion kündigt schon jetzt entschiedenen Widerstand für den Fall an, daß die Bundesregierung das Defizit in der Rentenversicherung durch weitere Eingriffe in das Leistungsrecht auszugleichen beabsichtigt.

(-/25. November 1991/rs/fr)

Boris und der "Wind of change"
Zum Besuch des russischen Präsidenten Jelzin in Bonn

Von Gernot Eiler MdB

"I follow the Moskva, down to Gorky Park, listening to the wind of change..." lassen die "Scorpions" ihren Hit beginnen. Letzte Woche brauchte man für diese Luftbewegung nicht in die russische Hauptstadt zu fahren. Als Botschafter des Wechsels war der Präsident der russischen Föderation Boris Jelzin selbst an Rhein, Neckar und Spree gekommen. Er fuhr zurück mit nicht allzu schwerem Gepäck, von seinem umfangreichen Troß einmal abgesehen. Aber trotz der verschiedenen konkreten Ergebnissen war Präsident Jelzin zufrieden mit seiner Deutschland-Visite.

Die Moskauer Vorbereitungen ließen befürchten, daß des Präsidenten Berater vor allem die "Erzählung vergangener Jahre" (Altrussische Chronik) zurate gezogen hatten, in der Erfolge einer auswärtigen Delegation immer mit der Größe des Gastgeschenkes in Verbindung gebracht werden. Nach dem kurzfristig weder der Goldschatz des Priamos noch das Bernsteinzimmer verfügbar waren, schien man auf Erich Honecker zu verfallen. Der Vorteil bei letzterem,

daß man seinen Aufenthaltsort kannte, wurde aber durch die Nibelungentreue des anderen Präsidenten aufgehoben, so daß schließlich nur das Versprechen einer neuen Wolga-Republik für die Rußland-Deutschen blieb. War sich die Mühe macht zu prüfen, was bei diesem Vorschlag denn nun schon Konsens gerichtet ist, wird feststellen, daß dieses Mitbringen mehr dem symbolischen Wert des guten Willens als praktischen in sich trägt. Mit anderen Worten: Eigentlich hatte die Jelzin-Mannschaft alles getan, um durch Plumpheit und mangelnde Seriosität den Besuchs-Flop vom Frühjahr beim Europa-Parlament zu wiederholen, der dem internationalen Renommee des Präsidenten nachhaltig geschadet hatte.

Wenn die deutsche Öffentlichkeit und die Gastgeber über all das schlicht hinwegsehen und an der schon vorher feststellenden Gutwilligkeit eisern festhalten, dann hat das weniger protokollarische als politische Gründe, Jelzin steht für die Hoffnung, daß wenigstens das mächtige russische Kernland im sowjetischen Trümmerhaufen zusammenbleibt und eine berechenbare Politik betreibt. Weit und breit ist niemand zu sehen, der dies außer ihm könnte, wenn es überhaupt möglich ist. Der Westen hat keine Alternative, als diesen Präsidenten und seine Reformversuche zu unterstützen, Hilfe tut dabei Not, denn zunehmend versumpft jeder Reformschritt in Moskau in einem gnadenlosen Machtkampf des Jelzin-Gefolges und im Niemandsland der Konzeptionsunsicherheit von Regierung und Parlament.

Die Botschaft des Präsidenten war schlicht, aber eindrucksvoll vorgetragen. Die Reformer, so Jelzin, hätten vom Volk einen "Zeit-Kredit" erhalten, der jetzt auslaufe. Vor dem Putsch sei echte Reformpolitik nicht möglich gewesen, daher aufgeschoben worden. Deshalb kompliziere sich jetzt die Lage in mehreren parallelen Reformschritten, die normal nacheinander laufen müßten. Bleibe bis Herbst 1992 der Erfolg aus, dann gebe es ein "Erdbeben", dessen Kraft auch noch Europa und Nordamerika erschüttern werde. Westliche Unterstützung sei also keine Frage des Eingehens auf Bitten, sondern des erkannten Eigeninteresses.

Jelzin sprach bei jeder Gelegenheit von dem, was jetzt Moskau selbst anpacke: Ganz laut von der Preisfreigabe (nicht ohne die Ausnahmen Energie, Brot, Milch, Salz, Streichhölzer und Kindernahrung zu erwähnen), vernehmlich von Privatisierungsprozessen, leise von einer später zu erfolgenden Währungsreform. Ohne die letzte werden seine leidenschaftlichen Appelle an die deutschen Unternehmen, nun endlich einen Markt von 150 Millionen erwartungsvoller Verbraucher zu entdecken und aufzuschließen, aber vorerst ins Leere gehen. Die eigentliche Musik spielte während der Jelzin-Visite in Moskau, wo die G-7-Vertreter ein Konzert zur Abwendung des sowjetischen Staatsbankrotts mittels Tilgungsaufschub und neue Kredite vereinbarten.

Jelzin ist kein Ökonom. Das Karussell in seiner Corona dreht sich schnell. Es gibt dort fähige Leute, aber niemand kann sagen, was sie morgen machen. Manch deutscher Gesprächspartner beklagte, daß alles immer wieder bei Null anfange. Es ist nicht die Stunde der langfristigen Konzeptionen, sondern der punktuellen Hilfen, die den Weg zur russischen Selbsthilfe vor Abstürzen sichern sollen. Bezeichnend, daß Baden-Württemberg sein Länder-Kooperationsabkommen mit Jelzins Republik erst einmal auf die Einrichtung eines "Mittelstandsförderungszentrums" in Jekatarinburg (dem ehemaligen Swerdlowsk, der Heimat des russischen Präsidenten) herunterdividierte. Björn Engholm konzentrierte sich von vornherein auf zwei praktische Hilfsangebote: Die SPD wird beim Aufbau des Gewerkschaftswesens und der Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen. Fast überrascht war Jelzin über die Konkretheit dieses bereits vorbereiteten Angebots, das gut zu seinen gegenwärtigen Problemen paßt, und quittierte es mit einem erfreuten "Abgemacht!".

Alexander Blok ließ in seinem berühmten, die Oktoberrevolution antizipierenden Gedicht "Die Zwölfe" den Wind kräftig blasen. Jetzt weht er wieder, der "Wind of change". Von seinem Deutschlandbesuch kommt Jelzin vor allem als Person gestärkt nach Moskau zurück. Alle haben verstanden, daß er bei diesen Weltverhältnissen Rückenstärkung braucht, und haben versucht, sie ihm zu geben. Übrigens hat er abgenommen und sieht neben Kohl fast zerbrechlich aus. Aber was sagt das schon - neben dem deutschen Kanzler sieht selbst jeder Preisboxer so aus, als werbe er für "Brot für die Welt"!

(-/25. November 1991/rs/tr)

Stuttgarter Doppelzüngigkeit beim Waffen-Export

Zum Versuch von Landwirtschaftsminister Schaufler, die Ausfuhrkriterien aufzuweichen

Von Norbert Zeller MdB

Abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Während der baden-württembergische Wirtschaftsminister Schaufler als Scharfmacher auftritt und die unlängst verschärften Regelungen der Exportkontrollen für die Schwierigkeiten im Maschinenbau und in der Zulieferindustrie mitverantwortlich macht, gibt sich der Ministerpräsident in seinen Äußerungen staatsmännisch.

Erst im August hat Teufel gefordert, daß es zu einer substantiellen und kontrollierten Verminderung des internationalen Waffenhandels kommen und daß jeder der großen Rüstungsexportstaaten dabei unabhängig vorangehen müsse. Er hat sich gegen ein Abwarten ausgesprochen, bis Vereinbarungen auf Punkt und Komma ausgearbeitet seien.

Kaum sind die Schlagzeilen des Golfkrieges verdrängt, gerade ist die Schamfrist verstrichen, da fordert der Wirtschaftsminister ungeniert und im krassen Widerspruch zum Ministerpräsidenten Exporterleichterungen. Er beweist, damit, daß er nichts dazugelernt hat und sich als Aufweichungslobbyist versteht. Es führt kein Weg daran vorbei, daß die Landesregierung zu dieser Frage ihre Position klärt und daß unsaubere Verwirrspiele aufhört.

Während der Wirtschaftsminister die Liste H zusammenstreichen und damit dem Export von Rüstungstechnologien und Rüstungsdienstleistungen in die Länder der dritten Welt Tür und Tor öffnen will, besteht die SPD darauf, die Verantwortlichen der Rüstungsindustrie nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Wer Kenntnis davon hat, daß sein Produkt für Rüstungszwecke verwendet wird, darf sich nicht länger ahnungslos geben können.

Weil die SPD-Landtagsfraktion die Doppelzüngigkeit und die Realitätsferne der Stuttgarter Landesregierung in Sachen Exportkontrolle nicht länger hinnehmen kann, haben wir in einer parlamentarischen Initiative die Festschreibung einer restriktiven Waffenexportpolitik in der EG gefordert. Außerdem wendet sich unser Antrag gegen jegliche Aufweichung des Außenwirtschaftsgesetzes und seiner Verordnung.

(-/25. November 1991/rs/tr)
